Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg 29.11.2023
Finanzausschuss

Niederschrift

über die 46. Sitzung des Finanzausschusses am Mittwoch, 15.11.2023

Sitzungsort:
Neubrandenburg, Berufsfeuerwehr, Ziegelbergstraße 50, Raum 2.2.47

Beginn: 17:00 Uhr Ende: 18:30 Uhr

Anwesenheit:	Soll:	9 Mitglieder des Finanzausschusses
	Ist:	9 Mitglieder des Finanzausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Die 46. Sitzung des Finanzausschusses wird durch **Ratsfrau Muth**, Vorsitzende des Finanzausschusses, eröffnet.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Ratsfrau Muth stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Anwesenheit fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 45. Sitzung des Finanzausschusses

Die Niederschrift der 45. Sitzung vom 27.09.2023 wird bestätigt

7 Dafürstimmen
2 Enthaltungen

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr Bachmann informiert, dass für die SJZ gGmbH Neubrandenburg Herr Benischke für 5 weitere Jahre als Geschäftsführer wiederbestellt wird. Der entsprechende Gesellschafterbeschluss wird ausgefertigt. Weiterhin informiert Hr. Bachmann, dass die VZN GmbH Neubrandenburg beabsichtigt, 2 Prokura zu erteilen. In der Vergangenheit wurde 1 Prokura widerrufen, jetzt sind 2 Nachfolger bestellt, so dass die Unterschriftsbefähigung wieder bestellt ist.

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es besteht kein Änderungsbedarf zur Tagesordnung.

Der Tagesordnung wird zugestimmt. **9 Dafürstimmen**

TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Ratsfrau Muth weist daraufhin hin, dass in diesem Jahr die Behandlung des Haushaltsplans auf 3 Sitzungen aufgeteilt wurde. Heute werden Band 1 und Band 2 behandelt.

TOP 7 Doppischer Haushaltsplan 2024 - Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt

Frau Piotrowski stellt den Entwurf des Haushaltsplans 2024 Band 1: THH 1, 2, 4, 7, 8 und 9 sowie Band 2 in einer Präsentation vor (Anlage 1).

Ratsfrau Dr. Kuhk fragt, wie die Verwaltung beabsichtigt, die 7,58 Mio. EUR Defizit (noch nicht berücksichtigter Investitionszuschuss Grundschule Datzeberg) in den Haushalt 2024 einzuarbeiten und welcher Betrag in 2024 bzw. in den Folgejahren zu berücksichtigen sei. **Frau Piotrowski** erläutert, dass die Berücksichtigung mit einem Änderungsblatt als investive Auszahlung erfolgt und über einen Kredit finanziert wird und die Investitionen bereits vor Schuljahresanfang beginnen. **Ratsfrau Dr. Kuhk** stellt fest, dass der Baukostenzuschuss also in 2024 vollständig gezahlt werden muss. Das wird von **Frau Piotrowski** bestätigt.

Zu den Auswirkungen der voraussichtlichen Kreditaufnahmen fragt **Ratsfrau Muth,** was die in der Präsentation dargestellten möglichen Kredite aus 2024/2027 beinhalten. **Frau Piotrowski** erläutert, dass für 2022 und 2023 Kreditaufnahmen beschlossen wurden. Diese gelten bis zum Endes des Haushaltsfolgejahres. Oft erfolgen die Auszahlungen jedoch nicht im Haushaltsjahr, in dem sie geplant sind. Zudem wird, wenn die Investitionen beginnen und es zur Auszahlung kommt, entschieden, ob Kredite aufgenommen werden müssen oder die Investition durch eine alternative Finanzierung gesichert ist. In der kommenden Woche wird entschieden, welche Kredite aus 2022 evtl. in den Haushalt 2024 überführt werden. **Die sachkundige Einwohnerin Frau Schewe** fragt, ob es eine Darstellung gibt, welche die beschlossenen Haushaltsmaßnahmen hinter den einzelnen Krediten zeigen. **Frau Piotrowski** kann eine Übersicht für 2022 und 2023 zusichern. Die Aufstellung wird nachgereicht. (Anlage 2). Für 2024 wird die Auflistung mit dem 3. Änderungsblatt erfolgen.

Frau Piotrowski setzt die Präsentation mit dem **Stellenplan** fort:

Zur geplanten VZÄ Verwaltungsangestellte/r Regionalschule Ost fragt **Ratsfrau Dr. Kuhk,** ab wann die Stelle der Verwaltungsangestellten mit Personalkosten geplant ist. **Frau Piotrowski** antwortet, dass dazu die Zuarbeit schriftlich nachgereicht wird (Anlage 2).

Der sachkundige Einwohner Herr Schröder fragt, ob die SB Führerscheinstelle – deren Befristung bis 2028 vorgesehen ist - noch notwendig ist, da die Umtauschnovelle vorbei ist. **Herr Longino** antwortet, dass die genauen Zahlen dazu nachgeliefert werden (Anlage 2).

Ratsfrau Dr. Kuhk fragt, wie die im Stadtmarketingkonzept vorgesehene 0,25 VZÄ Schnittstelle der Verwaltung für das VZN realisiert wird und ob die Schnittstelle extra aufgebaut werden muss. **Herr Bachmann antwortet**, dass die Viertelstelle aus dem Stellenbestand aufgebaut werden kann.

Frau Piotrowski setzt die Präsentation mit dem **Teilhaushalt 1** fort:

Zur Rückzahlung RPA an das Amt Neverin fragt **Ratsfrau Muth**, warum keine Prüfbereitschaft des Amtes Neverin vorhanden war. **Frau Piotrowski** antwortet, dass es dort ein Personalproblem gab und eine neue Buchungssoftware eingeführt wurde, so dass das Amt mit der Erstellung der Jahresabschlüsse nicht so schnell vorangekommen ist und daher nicht geprüft werden konnte.

Ratsfrau Dr. Kuhk bittet um Erläuterung, warum sich die Mieten und Pachten für die Gremienbetreuung 2024 erhöhen, obwohl die Nutzung des Ratssaals und der Räumlichkeiten 2022/23 ebenso nicht möglich war. **Frau Karberg** erläutert, dass die allgemeinen Mieten und Pachten im Haushalt 2023 zu gering geplant waren, aber unterjährig gedeckt werden konnten.

Zum **Teilhaushalt 2** – sinkende Ausbildungsplätze 2024 - fragt **Ratsfrau Dr. Kuhk** nach der genauen Anzahl. **Frau Böhmer** antwortet, dass es zum Stichtag 01.01.2023 33 Ausbildungsplätze waren, zum 01.01.2024 sind 29 geplant, also 4 weniger.

Teilhaushalt 4

Ratsfrau Dr. Kuhk fragt, ob es einen kausalen Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Gebühren Kfz- und Führerscheinzulassung zu der geplanten VZÄ SB-Führerscheinstelle gibt. **Frau Piotrowski** erläutert dazu, dass es bei den Gebühren keine großen Veränderungen gibt.

Zu den größten Änderungen im THH 4 (Auszahlungen) gehört auch die Position Ausbildung, die u. a. auch die Spezialausbildung Flugzeugbrandbekämpfung beinhaltet. **Ratsfrau Dr. Kuhk** bemerkt, dass die Stadt die Kosten für die Flugzeugbrandbekämpfung nur anteilig tragen muss. **Frau Piotrowski** informiert, dass eine Kostenteilung der FNT geplant ist. **Herr Bachmann** erläutert, dass es dazu einen Ansatz im Wirtschaftsplan FNT gibt. Der Wirtschaftsplan liegt im Band 3 vor. **Frau Piotrowski** sagt zu, dass geprüft wird, ob die gesamte Höhe geplant ist. **Frau Karberg** bemerkt abschließend, dass dazu ein Änderungsblatt vorgesehen ist, die konkrete Zahl aber bisher noch nicht bekannt war.

Teilhaushalt 9

Ratsfrau Dr. Kuhk schlägt vor, zur **Regionalbibliothek** (weniger Nutzer, Gebühren) in den Kulturausschuss zu verweisen. **Frau Blasko** führt aus, dass die Bibliothek trotz vielfältiger Bestrebungen nicht an die Benutzerzahl vor der Pandemie herankommen ist. Die letzte Gebührenanpassung war 2020. Auf Nachfrage von der **sachkundigen Einwohnerin Frau Schewe** erläutert **Frau Blasko**, dass die Stundenaufstockung für die Aufsicht in der Regionalbibliothek nach einem tätlichen Angriff erfolgte. Aufgrund der Fürsorgepflicht ist eine Wachperson jetzt solange wie die Mitarbeiter anwesend.

Ratsfrau Dr. Kuhk regt an, evtl. die Gebühren auszusetzen - damit die Leser zurückgewonnen werden – und dann stufenweise wieder zu erhöhen. **Frau Blasko** antwortet, dass an Konzepten zur Leserrückgewinnung gearbeitet wird. Der sachkundige Einwohner **Herr Schröder** fragt, wann der größte Benutzerandrang ist und ob man vielleicht durch Zeitenverlagerung einen größeren Besucherstrom erreichen kann. **Frau Blasko** wird dies prüfen. **Ratsfrau Dr. Kuhk** appelliert, alle Vorschläge mitzunehmen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Nutzung der Bibliothek attraktiver zu machen. **Frau Blasko** bestätigt und teilt mit, dass bereits an der Attraktivität gearbeitet wird (s. Anlage 2).

Die sachkundige Einwohnerin Frau Schewe fragt zur **Sportstättenförderung** in Höhe von 3,2 Mio. EURO, ob es dazu eine Aufstellung gibt, wie viele Olympiakader in Neubrandenburg trainieren und wie die Gelder verteilt werden bzw. in welche Bereiche wie viele Gelder fließen. Hintergrund ist die Prüfung, ob sich die Zuschüsse längerfristig gesehen überhaupt noch lohnen. **Herr Ryll** wird die Aufstellung zuarbeiten und teilt vorab mit, dass 2,5 Mio. EURO für den allgemeinen Sport vorgesehen sind und der Rest sich verteilt (Anlage 2).

Teilhaushalt 7

Der sachkundige Einwohner Herr Schröder berichtet vom Finanzausschuss des Landkreises, dass der Kreisumlagesatz für 2024 erhalten bleibt. **Ratsfrau Dr. Kuhk** bittet die Kreistagsabgeordneten mitzunehmen, dass ein gleichbleibender Umlagesatz trotzdem eine höhere Kreisumlage für die Kommunen bedeutet. Es muss deutlich kommuniziert werden, dass immer mehr Geld aus der Vier-Tore-Stadt an den Kreis abfließt und sich dadurch der Haushalt der Vier-Tore-Stadt weiter verschlechtert. **Der sachkundige Einwohner Herr Schröder** erwidert, dass der Kreis dafür bei den Kita-Gebühren 5 % mehr Kosten trägt. **Frau Schad** erwidert, dass die Kita-Finanzierung vom Land vorgegeben ist und den größten Teil die Wohnsitzgemeinde trägt. **Der sachkundige Einwohner Herr Schröder** erläutert, wie sich der größere Anteil des Kreises (ca.18 statt 13,5 %) zusammensetzt. **Ratsfrau Dr. Kuhk** führt aus, dass die Ursache dafür beim Land liegt und weist nochmals daraufhin hin, dass die guten Einnahmen aus der Gewerbsteuer der Vier-Tore-Stadt an den Kreis gehen. **Der sachkundige Einwohner Herr Schröder** bestätigt, dass theoretisch das Land die Mehrkosten bei den Kita-Gebühren zahlen müsste.

Ratsfrau Dr. Kuhk fragt, ob der Flüchtlingsmehraufwand, der wegfallen soll, kompensiert wird. **Frau Schad** antwortet, dass der Landkreis für bestimmte Sachverhalte zuständig ist und für die Refinanzierung durch Bund und Land entsprechende Mittel einfordern muss.

Frau Piotrowski beendet die Präsentation.

Ratsfrau Dr. Kuhk hat eine grundsätzliche Frage dazu, wie das strukturelle Defizit im Haushalt im nächsten Jahr beseitigt werden soll. Es müssen jetzt Lösungen gefunden werden. Die sachkundige Einwohnerin **Frau Schewe** bemerkt, dass man sich anschauen muss, welche im Plan genannten Maßnahmen verwirklicht werden können, die zu Krediten führen. **Ratsfrau Muth** sagt, dass es nicht nur um Investitionen und Kredite geht. **Der sachkundige Einwohner Herr Schröder** führt aus, dass 2024 gegengesteuert werden muss, um 2025 nicht in die HSK-Pflicht zu fallen. Darin sollten sich alle Fraktionen einig sein, dass mit der Verwaltung zusammen Maßnahmen entwickelt werden müssen. **Frau Piotrowski** bestätigt, dass die Tilgung nicht die einzige Herausforderung ist, jedoch sehr lange Auswirkungen im Haushalt hat. Ratsf**rau Muth** sieht längst nicht alle Maßnahmen im Investitionsplan, die man sich wünscht, z. B. was Vorstellungen für die Stadtentwicklung betrifft**. Ratsfrau Dr. Kuhk** ist der Auffassung, dass die Stadtentwicklung nicht gestoppt werden darf. **Ratsfrau Muth** fasst zusammen, dass die Rahmenbedingungen nicht gut für die Kommunen sind und es alleine nicht zu schaffen ist.

Teilhaushalt 1:

Ratsfrau Muth bittet um Erläuterung der Aussage, dass ein Anstieg der Energiekosten um 165 % zu erwarten ist. **Frau Karberg** erklärt, dass dieser Anstieg in 2023 war. 2024 wird es günstiger, weil dieser Anstieg nicht mehr angenommen wird.

Teilhaushalt 2:

keine Fragen

Teilhaushalt 4

Ratsfrau Muth bemerkt, dass die Steigerung der Personalkosten um 1,4 Mio. EURO im Haushalt deutlich ausfällt. **Der sachkundige Einwohner Herr Schröder** fragt, ob die geplante Tariferhöhung für die Beamten bereits umgesetzt wurde, was bejaht wird.

Teilhaushalt 7

keine Fragen

Teilhaushalt 8

Ratsfrau Dr. Kuhk bezieht sich auf die Verschlechterung der Sachaufwendungen um fast 2 Mio. Euro zum Vorjahr für die Schulen und bittet darum, genau aufzuschlüsseln, wie sich die Zahl zusammensetzt. **Herr Ryll** antwortet, dass es sich hauptsächlich um Sachmittelausstattung und Mobiliar für die Schulen handelt. **Ratsfrau Dr. Kuhk** bittet, da es sich um eine große Summe handelt, darum, sich den Sachverhalt genau anzuschauen insbesondere durch die Mitglieder des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport. **Ratsfrau Muth** ergänzt, dass man sich der Aufgabe jetzt stellen müsse, da sie im Folgejahr nicht einfacher würde.

Teilhaushalt 9

Frau Blasko hat inzwischen recherchiert, dass die Benutzungsgebühren in der Regionalbibliothek 43,9 TEUR betrugen und schätzt ein, dass diese bis zum Ende des Jahres noch auf 60 TEUR steigen könnten. **Ratsfrau Dr. Kuhk** sagt, dass es sich bei einer Gebührenaussetzung dann also erstmal um eine Verschlechterung von 60 TEUR handelt, die aber perspektivisch gesehen in 3 bis 4 Jahren zum Aufwuchs führen könnte.

TOP 8 Doppischer Haushaltsplan 2024 - Band 2 Stellenplan

Der Stellenplan wurde von Frau Piotrowski in der Präsentation vorgestellt**.**

Ratsfrau Muth fragt, ob die Stelle im Bereich Steuern etwas mit der Grundsteuer zu tun hat. Das wird durch **Frau Piotrowski** bejaht. Es wurde eine Sachbearbeiterin Steuern für 2 Jahre befristet eingestellt, da u. a. die vom Finanzamt übermittelten Daten händisch eingegeben werden müssen.

Der sachkundige Einwohner Herr Schröder fragt, ob es ausreicht, die Stelle stellvertretende Leiterin/SB Wohngeld in einer Position zu vereinen, obwohl es einen Rückstau bei Wohngeldanträgen seit Mai gibt, dafür aber für die Stelle SB Führerscheinstelle 1 gesamte VZÄ geplant ist, obwohl es dort keinen Rückstau gibt. **Herr Longino** antwortet, dass die laufenden Abstimmungen zwischen der Abteilung Organisation mit der Wohngeldstelle ergaben, dass keine neuen Stellen für 2024 gebraucht werden. Er bietet an, eine Aufstellung mit den genauen Rückstauzahlen nachzuliefern (Anlage 2). **Frau Schad** erläutert, dass der Wohngeldbereich 2023 bereits in den Vorjahren die Stellenanzahl erhöht hat und die neue Mitarbeiter*innen geschult werden müssen. Diese Schulungen nehmen Zeit in Anspruch. Die Angaben des Bereiches in der Abstimmung mit der Abteilung Organisation waren glaubhaft.

Ratsfrau Dr. Kuhk regt an, beim Land anzufragen, ob Förderung für eine Organisationsuntersuchung der gesamten Verwaltung sinnvoll wäre. **Frau Schad** erinnert an bereits erfolgte Untersuchungen. Die Abteilung Organisation beabsichtigt, zu komplexen Organisationsuntersuchungen überzugehen, anstatt Einzelantragsbearbeitungen bei Nachbesetzungen durchzuführen, da es sinnvoll ist, den ganzen Bereich mit den Schnittstellen zu begutachten.

Denkbar wäre, entsprechende Bereiche herauszusuchen und das Land dazu konkret anzufragen. Von einer komplexen Untersuchung rät sie ab.

Der sachkundige Einwohner Herr Jondral fragt an, in wie weit die Digitalisierungsbestrebungen sich in Richtung Reduktion des Stellenaufwuchses auswirken. Je mehr Digitalisierung, umso mehr müsste die Verwaltung in der Lage sein, die Anfragen ohne zusätzliche Mitarbeiter*innen zu bearbeiten. Frau Schad sieht das als langwierigen Prozess und gibt zu bedenken, dass Digitalisierung nicht immer mit Personaleinsparungen einhergeht.

gez. Caterina Muth	gez. Gisela Wollenzin
Ausschussvorsitzende/r	Protokollant/in